

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Verlagspreis
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 44.

Sonnabend, 22. Februar 1896, Abends.

49. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla oder durch unsere Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., bei Abholung am Schalter der kais. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Nachnahme für die Nummer des Ausgabebetages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasantrasse 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt, Riesa.

Zur

Bekämpfung der Socialdemokratie

hatten die „Hamburger Nachrichten“ kürzlich vorgeschlagen, diese Partei sowohl von der Gesetzgebung als auch von der Verwaltung auszuschließen. In gestriger Nr. führen sie weiter aus:

Es hat nicht in unserer Absicht gelegen, einen Putsch der Socialdemokratie zu provociren und dann bis an die Knöchel im Blute zu waten. Wir rathen überhaupt nicht zur Aggression gegen die socialrevolutionäre Bewegung, sondern nur zur Defensive gegenüber einem zweifellos vorhandenen Angriffe. Unsere Auffassung der Beziehungen des Staates zu den Socialdemokraten gründet sich lediglich auf die Nothwendigkeit der Abwehr, ganz ähnlich wie dies bezüglich der preussischen Unterthanen der Fall ist, welche polnische oder dänische Secession erstreben. Wir erblicken in ihnen, einerlei ob ihnen der Ausdruck gefällt oder nicht, Reichsfeinde, die ihren politischen Beruf in der Bekämpfung unserer staatlichen Einrichtungen, wie sie einmal sind, suchen und finden. Wir wollen nicht einmal das socialdemokratische Geschwür aufschneiden; wir wollen es höchstens unterbinden, unblutig, und glauben auch nicht, daß Putsche daraus entstehen würden, wenn der Staat, wie wir das vorgeschlagen haben, auf die Mitwirkung seiner socialdemokratischen Angehörigen in der Gesetzgebung und in der Verwaltung verzichtete. Die Socialdemokratie kommt durch diese Mitwirkung in eine unnatürliche Lage; sie wird durch unsere Gesetzgebung zur activen Mitarbeiterin an der Staatsmaschine genöthigt, die sie ihrerseits für fehlerhaft konstruirt hält und abschaffen will. Wenn diese Auffassung nicht von allen staatsverhaltenden Politikern getheilt wird, so liegt das zum Theil wohl daran, daß es vielen von ihnen auch ihrerseits mit der „Staatsverwaltung“ nicht so ernst ist, wie sie sich den Anschein geben, und daran, daß einzelne Fractionen für ihre Sonderinteressen in der socialdemokratischen Wählertruppe findeln, auf die sie nicht verzichten mögen. Auf uns macht die Existenz der socialdemokratischen Partei im Reichstage immer den Eindruck des trojanischen Pferdes, das hineingeschafft ist, um die Stadt zu verderben. Man wird uns deswegen mit Laokoon vergleichen, aber Laokoon hatte Recht. Es ist doch kein Zweifel, daß die Socialdemokratie den Umsturz alles Bestehenden erstrebt; auf welchem Wege ist gleichgültig. Wäre der Socialismus der gebildeten Stände und das Bedürfnis nach eventueller Wahlhilfe durch die Socialdemokratie nicht im Spiele, so glauben wir, die Mehrheit unserer Mitbürger wäre längst zur Ueberzeugung gebracht worden, daß bei dem politischen Baue, den das Parlament ausführt, die Mitarbeit solcher Elemente, welche die demnächstige Zerstückelung eben dieses Baues zum offensiblen Programm haben, unzuverlässig ist. Es liegt uns fern, die Sanierung des ungesunden Systems, unter dem wir arbeiten, auf gewaltthätigem und blutigem Wege zu erstreben; wir halten sie für erreichbar auf dem Wege der Verwaltung und der Gesetzgebung, wenn die erstere nur damit beginnen wollte, nach Maßgabe der Genauigkeit, die das vorhandene Material bietet, durch amtliche Listen in jeder Gemeinde festzustellen, welche Mitglieder derselben Socialdemokraten sind oder doch wenigstens sich als solche offen und zweifellos bekennen. Im Besitz solcher Listen wird man, je vollständiger sie sind, desto genauer übersehen können, mit welchem Bruchtheile der Bevölkerung der Staat dabei überhaupt zu rechnen hat. . .

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Der Kaiser hielt bei der Verabschiedung der Rekruten in Wilhelmshaven folgende Ansprache: „Im Angesicht Gottes und seiner Diener habe Ihr Mir den Eid der Treue geleistet. Ich erwarte von Euch, daß Ihr gut, fromme Matrosen werdet. Was Ihr gelobt habt, haltet; denn ein Mann, ein Wort! Soldaten der Armee haben öfter Gelegenheit, vor den Augen ihrer höheren Vorgesetzten zu zeigen, was sie gelernt haben und leisten können. Dies ist bei der Marine nicht der Fall, weil viele von Euch jahrelang im Auslande sind. Aber Ihr müßt nicht denken, daß Ihr Meinen Augen dadurch entrückt seid. Unsere Marine ist im Verhältniß zu anderen noch klein, aber im Aufblühen begriffen. Durch Disziplin müßt Ihr stark werden und zu ersten suchen, was uns an materiellen Kräften fehlt. Was ist Disziplin? Weiter nichts, als eine unbedingte Unterordnung des eigenen Willens unter den höheren. Wenn auch

Jeder die Absicht hat, Gutes zu thun, so müssen sich doch seine Ansichten unterordnen zum Wohle des Ganzen. Nur durch Zusammenhalten kann man ein Ganzes und Großes leisten — eine feste Masse schaffen.“ Der Kaiser ermahnte schließlich die Rekruten, im Auslande durch gutes, frommes Auftreten zu imponiren zu suchen.

Wie die „Hamb. Nachr.“ melden, will Professor Venbach seit acht Tagen in Friedrichsruh, um auf Befehl des Kaisers ein lebensgroßes Bild des Fürsten Bismarck (in Uniform) für den Saal des Reichskanzleramtes in Berlin herzustellen.

Auf die gestern kurz erwähnte Erklärung des Abgeordneten Lieber erwidert Graf Hoensbroech folgendes: 1) Der Abg. Dr. Lieber hat mir den Ausspruch Windthorst's nicht als „scherzhafte Aeußerung“ und „Illustration für die Unerkennbarkeit seines Gemüthes“, sondern als sehr ernsthafte Thatsache erzählt, in einem Zusammenhange, der jeden Gedanken an „Scherzhaftheit“ ausschloß. 2) Der Abg. Dr. Lieber, der selbst anerkennt, daß die Aeußerung echt und von ihm weiter erzählt worden ist, hat sie mir als auf der Kölner Versammlung gehalten mitgeteilt. 3) Der Abg. Dr. Lieber hat, als er mir den Ausspruch erzählte, mit feinem Worte erwähnt, daß Windthorst die Aeußerung zuerst einer Dame gegenüber gethan haben soll. Im Uebrigen überlasse ich es jedem Leser der Lieber'schen Erklärung, trotz ihrer Unschärfe und dem Hinweise auf die „späterer Zeit“ zu erwarten, den „Erinnerungen“, den wahren Kern sich selbst aus ihr heraus zu lesen.

Rom Reichstag. Der Reichstag setzte gestern die zweite Lesung des Etats fort und ertheilte den in der vorigen Sitzung vom Abg. Enneccerus (natl.) beantworteten Resolutionen der Budgetcommission bezüglich des Dienstaltersaufstufensystems seine Zustimmung. Bei dem Etat der Reichseisenbahnen fragte der Abg. Graf Rantz (kons.), warum die preussische Verwaltung nicht ebenso günstige Kohlenabschlüsse gemacht habe, wie die Reichsverwaltung. Der preussische Eisenbahnminister Thielen erwiderte, daß die Reichsverwaltung die Kohlen aus dem Saarrevier bezöge. Die preussische Verwaltung dagegen habe einen Vertrag mit dem Ruhrkohlenyndikat abgeschlossen, der am 1. Juli d. J. ablaufe. Ueber die Erneuerung der Verträge könne er sich noch nicht äußern. Abg. Vingen (Str.) wünschte eine Statistik über die Wirkungen der Sonntagstrafe unter den Eisenbahnbeamten. Minister Thielen bemerkte, daß die Sonntagstrafe in sanitärer und moralischer Hinsicht wohlthätig wirke. Eine Statistik darüber aufzunehmen, halte er nicht für zweckmäßig; sie würde auch den Beamten sehr unangenehm sein. Abg. Graf Rantz (kons.) empfahl, dem Ruhrkohlenyndikat künftig nicht mehr den bisherigen Preis für Kohlen zu bewilligen. Abg. Hammacher (natl.) erklärte die Differenz zwischen den Preisen des Saarreviers und denjenigen des Ruhrreviers durch die verschiedene Qualität der Kohlen. Abg. Graf Rantz (kons.) widersprach dieser Ansicht. Bei dem Etat des Reichsinvalidentfonds stellte der Abg. Graf Oriola (natl.) die Anfrage, was aus den Pensionen geworden sei die in der vorigen Session dem Reichskanzler zur Verdrückung überwiesen worden seien. Er würde, um den gerechten Ansprüchen der Invaliden zu entsprechen, selbst vor einer Wehrstener nicht zurückweichen. Abg. v. Schöning (kons.) bezeichnete es als eine Ehrenpflicht, den Invaliden gerecht zu werden. Abg. Richter (sf. Ver.) schloß sich diesem Wunsche an. Generalleutnant v. Spitz betonte, daß die Militärverwaltung im warmen Mitgefühl für die Invaliden von Niemandem im Hause übertroffen werden könne, aber sie sei nur ein Glied im Staatswesen und müsse ihre Wünsche dem anpassen, was die verbündeten Regierungen für möglich hielten, und die Frage sei in der That von unberechenbarer finanzieller Bedeutung. Unterstaatssekretär Achenborn bestätigte, daß wegen der großen finanziellen Schwierigkeiten nicht alle Wünsche in dieser Hinsicht befriedigt werden können.

England. Gestern gab Balfour eine Erklärung ab über die Haltung Englands zur Währungsfrage. Auf eine Anfrage Houldworth's, ob die englische Regierung es abgelehnt habe, mit Deutschland gemeinsam für die Förderung eines internationalen Währungsabkommens dadurch zu wirken, daß sie die indischen Währungsnoten wieder eröffnere, erwiderte der erste Lord des Schatzes Balfour, das Gerücht sei nicht wahr, da Deutschland der englischen Regierung in Betreff eines internationalen Währungsabkommens nicht näher getreten

sei, und da die englische Regierung gern gemeinsam mit der indischen Regierung die Frage der Wiedereröffnung der indischen Währungsnoten in Erwägung ziehen würde, wenn eine solche Maßregel einen Theil eines befriedigenden Balanzreformvorschlages bilden könnte.

Bulgarien. Fürst Ferdinand übersandte dem Kaiser von Rußland das Bildniß des Prinzen Boris in einem mit Brillanten besetzten Rahmen als Geschenk. Auch die Abgesandten des Sultans erhielten Geschenke.

Türkei. Nach in Athen eingegangenen Nachrichten haben die Türken in der Provinz Selimo auf der Insel Kreta zwölf Christen ermordet. Gleich nach dem Bekanntwerden der Nachricht ergriffen die Christen Gegenmaßregeln. Der Gouverneur entsendet Truppen zur Wiederherstellung der Ordnung.

Chile. In Santiago ist ein Buch von Carlos Newman „Zur Todesstrafe“ erschienen. Selbst die balmacedistische Presse, die zum Theil mit wahrhaft krankhafter Energie für Abschaffung der Todesstrafe eintritt, giebt zu, daß in keinem Lande der Welt so viele Morde vorkommen als in Chile; die Unsicherheit für Leben, Gesundheit und Vermögen der Bewohner auf dem platten Lande, selbst in der Nähe der großen Städte, ist eine entsetzlich große. Nach den auf amtlichem Material beruhenden Berechnungen Newman's wurden 1892 in Chile ermordet 2900 Personen, das heißt je 72 von 100 000 Einwohnern; alle vier Stunden des Jahres kam also ein Mord vor. Vom 1. Januar bis 1. November 1893 wurden 1500 Personen ermordet, das heißt 45 von je 100 000, oder alle fünf Stunden ein Mord. Im Jahre 1894 wurden allein im Departement Santiago mit etwa 300 000 Einwohnern 290 Morde begangen; das heißt 96,66 Morde kamen auf 100 000 Einwohner. Bewaffnete Banden überfallen des Nachts die Häuser der Gutsbesitzer und plündern sie aus, alles ermordend, was Widerstand leistet.

Transvaal. Nach einer Meldung der „Diggers News“ aus Johannesburg vom gestrigen Tage hat Präsident Krüger in Ansprachen sich über die glänzende Art geäußert, in der Johannesburg bei dem Dynamiitglück sich selbst geholfen hat, indem es der Greit der Kräfte bei dem gemeinsamen Bemühen, das Unglück zu lindern, unterdrückte. Krüger sprach noch sein Vertrauen aus, daß die verschiedenen Kräfte durch das Unglück einander näher gebracht werden würden. — Präsident Krüger wurde zum Präsidenten des Hülsausschusses gewählt.

Vertikales und Sächliches.

Riesa, 22. Februar 1896.

— Im festlich geschmückten Saale des Hotel „Höfner“ hielt gestern Abend der hiesige Unterofficierverein sein Wintervergügen ab, das durch die Gegenwart des Officierscorps ausgezeichnet wurde, auch zahlreiche Gäste aus der Bürger- und Einwohnerschaft hatten der ergangenen freundlichen Einladung Folge geleistet und wohnen der Festlichkeit bei. Dieselbe bestand in Concert, ausgeführt vom Trompetercorps des Regiments, Gesangs- und humoristischen Vorträgen, einem einactigen Schwanke: „In Civil“, Turnen am Barren und einem humoristischen Reigen. Die Concertstücke wurden in der bekannnten präcisen Weise ausgeführt und auch alle anderen Aufführungen gelangen vortreflich und hatten sich allgemeinen Beifalls zu erfreuen. Als ganz besonders geliebt sei speciel noch das Turnen am Barren hervorgehoben. Zu Beginn der Festlichkeit begrüßte der Vorstand des Unterofficiervereins, Herr Wachtmeister Arnold, die Anwesenden und brachte zum Schluß seiner Ansprache in patriotischer Weise ein Hoch auf Ihre Majestäten den Kaiser und den König Albert aus, das allseitig lebhaft aufgenommen wurde, während späterhin Herr Oberst Schmidt dem Unterofficierverein ein dreifaches Hoch widmete. Die Festlichkeit, die ein animirter Bau beschloß, verlief in bester Weise und zeugte wiederum auch vom guten Einvernehmen, das zwischen der Garnison und der Bürgerschaft herrscht.

— Wie man uns mittheilt, wird die nächstbekannte Hofkapellierin Pauline Ulrich vom Königl. Hoftheater in Dresden Anfang März in Grundsatz ihres Impresario Fritz Unger und seinem Lustspiel-Ensemble in unserer Stadt ein Gastspiel veranstalten.